

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am Donnerstag, dem 04.09.2014,
im Sitzungssaal des Rathauses in Setterich, An der Burg.

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.00 Uhr

Anwesend waren:

a) stimmberechtigt:

Akkas, Reyhan
Fritsch, Dieter als Vorsitzender
Hansjosten, Martina
Krüger, Tim
Mohr, Christoph
Reinartz, Henning
Schmittmann, Jörg
Schmitz, Andreas
Seelig, Harold
Strank, Dr. Karl Josef
Sürig, Anja

b) beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 ff. GO NW:

Sylla, Wolfgang

c) sachkundige Einwohner:

Klein, Gisela
Gürbüz, Gülay

d) von der Verwaltung:

Bürgermeister Dr. Linkens
StVR Ohler
StA Engels als Schriftführer

e) entschuldigt fehlte:

Pfarrer Bruckes, Ferdi
Reiprich, Hans Dieter

A) Öffentliche Sitzung

1. Einführung von Ausschussmitgliedern
2. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 16.04.2014
3. Bestellung eines Schriftführers
4. Schulentwicklungsplan (SEP) der Stadt Baesweiler;
hier: Entwicklung der Schulen in Baesweiler
 - a) Weiterführende Schulen
 - b) Grundschulen
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nichtöffentliche Sitzung

7. Mitteilungen der Verwaltung
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 19.08.2014 auf Donnerstag, den 04.09.2014, unter Mitteilung der Tagesordnung, zu dieser Sitzung einberufen worden.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss mit der Zahl der erschienen Mitglieder beschlussfähig sei.

Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht.

A) Öffentliche Sitzung

1. Einführung von Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende bat, die nicht dem Stadtrat angehörigen Ausschussmitglieder (sachkundige Bürger und Einwohner, beratende Mitglieder) sich von den Plätzen zu erheben. Durch das Erheben von den Plätzen bekundeten die Ausschussmitglieder ihr Einverständnis mit folgender, von dem Ausschussvorsitzenden verlesenen Erklärung:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach besten Wissen und Können wahrnehme, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Über die Verpflichtung wurde eine besondere Niederschrift gefertigt, die von den verpflichteten Ausschussmitgliedern sowie den Ausschussvorsitzenden unterzeichnet wurde.

2. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 16.04.2014

Einstimmig genehmigte der Schulausschuss die Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 16.04.2014

3. Bestellung eines Schriftführers

Beschluss:

Der Schulausschuss bestellt Herrn StA Marco Engels einstimmig zum Schriftführer. Für den Fall seiner Verhinderung wird Frau Irmgard Waschbüsch als Vertretung bestellt.

4. Schulentwicklungsplan (SEP) der Stadt Baesweiler;

hier: Entwicklung der Schulen in Baesweiler

- a) Weiterführende Schulen**
- b) Grundschulen**

a) Weiterführende Schulen

Dr. Linkens legte zunächst die Gründe dar, warum die Vorlage zum Tagesordnungspunkt 4 erst am heutigen Tage als Tischvorlage den Ausschussmitgliedern vorgelegt worden sei. Man habe sich zum Zeitpunkt der Vorbereitung der Sitzung noch in umfangreichen und schwierigen Gesprächen befunden, so dass man erst kurzfristig entschieden habe, das Thema unter allem Vorbehalt in dieser Ausführlichkeit in der Sitzung öffentlich zu behandeln.

Sodann wiederholte Dr. Linkens nochmals den Sachstand, der vor der Kommunalwahl Bestand hatte. Man habe vor Ort ein hervorragend funktionierendes Gymnasium sowie eine hervorragend funktionierende Realschule. Allerdings habe man auch eine bezüglich der Schülerzahlen schwächelnde Hauptschule, in der man nur mit Genehmigung der Bezirksregierung Köln für das Schuljahr 2014/2015 eine 5. Klasse bilden können. Entsprechend dem allgemeinem Trend auf Landesebene sei daher davon auszugehen, dass für das kommende Schuljahr sich nicht mehr ausreichend Schülerinnen und Schüler für die Anmeldung an der Hauptschule entscheiden werden, sodass diese Schulform auch in Baesweiler leider auslaufen werde.

Man habe im Ausschuss immer intensiv über ein Konzept für die Zukunft der Schullandschaft in Baesweiler diskutiert. Dabei sei immer wieder auch die Errichtung einer Sekundarschule diskutiert worden, die aber zumindest mehrheitlich nicht gewollt sei. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund der Fall gewesen, da eine Zusammenlegung der Realschule und der Hauptschule zwecks Errichtung einer Sekundarschule eine deutliche Schwächung der Realschule zur Folge gehabt hätte.

Auch das Thema Gesamtschule sei intensiv diskutiert worden. Dies wäre die umfassendste Lösung für die Schullandschaft in Baesweiler gewesen. Zur Bildung einer eigenständigen Gesamtschule in Baesweiler wäre in Betracht gekommen, alle drei ortsansässigen weiterführenden Schulen zu einer Gesamtschule zusammenzuführen. Dies sei jedoch nicht gewollt gewesen. Darüber hinaus habe die Bezirksregierung mehrfach festgestellt, eine eigenständige Gesamtschule für Baesweiler nicht genehmigen zu wollen. Dies wurde insbesondere unter dem Aspekt der Auswirkungen auf die Nachbarstädte begründet, da bekanntlich je etwa eine Klassenstärke zur Gesamtschule nach Alsdorf und eine Klassenstärke zur Gesamtschule nach Übach-Palenberg auspendeln würden. Bei der Errichtung einer eigenständigen Gesamtschule gäbe es die Notwendigkeit der Abstimmung mit den Nachbarkommunen. Die Errichtung einer Gesamtschule in Baesweiler würde beispielsweise für Übach-Palenberg bedeuten, dass die notwendige Vierzügigkeit nicht mehr erreicht werden könne.

Es bleibe also festzustellen, dass es für Baesweiler keine eigenständige Gesamtschule geben könne.

Aus den dargelegten Gründen habe die Verwaltung in der letzten Sitzung erklärt, mit den Nachbarkommunen und der Bezirksregierung weitere Gespräche führen zu wollen. Die Stadt Alsdorf habe erklärt, eine Gesamtschule in Baesweiler nicht zu unterstützen, da die Gesamtschule Alsdorf hervorragend funktioniere und nahe an der Stadtgrenze Baesweilers gelegen sei. Auch die Stadt Übach-Palenberg habe erklärt, eine eigenständige Gesamtschule in Baesweiler nicht zu befürworten, da ansonsten die notwendige 4-Zügigkeit der eigenen Gesamtschule nicht mehr gewährleistet sei. Dies decke sich mit den Aussagen der Bezirksregierung.

Die Verwaltung habe daraufhin intensive Gespräche mit der Stadt Übach-Palenberg geführt und Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Diese Lösungsmöglichkeiten habe die Verwaltung im Anschluss gemeinsam mit Vertretern der Stadt Übach-Palenberg bei der Bezirksregierung erörtert.

Dr. Linkens wies ausdrücklich darauf hin, dass der erarbeitete und diskutierte Lösungsansatz unter vielen Vorbehalten stehe. Er verwies darauf, dass am Ende dieser Sitzung kein endgültiger Beschluss zur Errichtung einer neuen Schulform in Baesweiler gefasst werden müsse. Er bat die Ausschussmitglieder lediglich um den Auftrag für die Verwaltung, den begonnenen Prozess weiterführen zu können.

Der mit der Stadt Übach-Palenberg und der Bezirksregierung erarbeitete Lösungsansatz beinhalte die Möglichkeit, ab dem Schuljahr 2015/2016 eine Dependance der Gesamtschule Übach-Palenberg in Baesweiler in den Räumlichkeiten der jetzigen Hauptschule zu errichten. Dies setze voraus, dass eine mögliche Gesamtschule Übach-Palenberg/Baesweiler 6-zügig geführt werden müsse. Eine Möglichkeit wäre, beide Standorte jeweils 3-zügig zu führen. Räumlich sei es ohne weiteres möglich, so Dr. Linkens, den Teilstandort in Baesweiler in der heutigen GHS Goetheschule unterzubringen. Sowohl die Kapazität als auch die Ausstattung der Räumlichkeiten in der Goetheschule würden die Einrichtung der Gesamtschuldependance in Baesweiler zulassen. Die Oberstufe verbliebe jedoch aus Gründen der vielfältigen Differenzierung am Standort Übach-Palenberg. Somit müssten die Schülerinnen und Schüler, die nach der Klasse 10 an der Gesamtschule verbleiben möchten, an den Standort Übach-Palenberg wechseln. Es bestehe aber die Möglichkeit, die Oberstufe am Gymnasium Baesweiler zu besuchen.

Bei dem Gespräch mit der Bezirksregierung signalisierte diese Unterstützung für den vorgestellten Lösungsansatz. Die Unterstützung der Bezirksregierung unterliege jedoch der Bedingung, dass die Realschule Baesweiler grundsätzlich auf eine 3-Zügigkeit beschränkt werden müsse. Das Ziel der Verwaltung, die Realschule erhalten zu wollen, könne so jedoch realisiert werden.

Die Verwaltung gehe davon aus, dass bei einem wohnortnahen Gesamtschulangebot, insbesondere Schülerinnen und Schüler mit einer Hauptschul-/Gesamtschulempfehlung dieses Gesamtschulangebot vor Ort wahrnehmen würden, was eine 3-zügige Realschule realistisch erscheinen lasse.

Mit diesem angedachten Lösungskonzept habe man das Ziel erreicht, weiterhin ein umfassendes Schulangebot für die Schülerinnen und Schüler in Baesweiler anbieten zu können. Aus Sicht der Verwaltung sei dieser Ansatz insgesamt eine durchaus befriedigende Lösung.

Ein derartiges Konzept, so Dr. Linkens, bringe selbstverständlich auch viele rechtliche Fragen mit sich. Diese Fragen würden mittels eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Stadt Übach-Palenberg geregelt.

Die vorgestellte Lösung sei eine andere, als die Lösungsansätze die bisher diskutiert worden seien. Dies bedeute eben nicht die Errichtung einer Sekundarschule mit der damit verbundenen Schließung der Realschule, aber auch nicht die rechtlich nicht durchsetzbare Lösung einer eigenständigen Gesamtschule in Baesweiler. Vielmehr sei dies eine Lösung, die eine vielfältige Schullandschaft in Baesweiler garantiere.

Nunmehr müsse man abwarten, wie die Entscheidungsfindung in Übach-Palenberg sei. Die Verwaltung schlage vor, dass der Schulausschuss in Baesweiler ein Zeichen setze, die Gespräche mit der Stadt Übach-Palenberg fortsetzen zu wollen. Man müsse mit den bisherigen Informationen am heutigen Tage keine verbindliche Entscheidung bezüglich einer weiteren Schulform treffen. Die Verwaltung würde lediglich mit einer Tendenz beauftragt, die Gespräche auf der bisherigen Ebene mit der Stadt Übach-Palenberg weiterzuführen.

Im Anschluss daran würde eine weitere, außerordentliche Sitzung des Schulausschusses einberufen.

Ausschussmitglied Seelig von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wies darauf hin, dass seine Fraktion die Schließung der GHS Goetheschule mit Bestürzung hinnehmen würde. Er fragte, warum trotz einer absehbaren negativen Schülerzahlenentwicklung an der GHS Goetheschule nicht früher reagiert worden sei, bevor in den Nachbarkommunen Fakten mit Blick auf die Schullandschaft geschaffen worden seien. So wäre eventuell die Möglichkeit der Einrichtung einer eigenständigen Gesamtschule möglich gewesen. Weiterhin fragte er nach einem Lösungsansatz für die Realschüler, die nach der Erprobungsstufe die Realschule verlassen müssen. Er äußerte die Sorge, dass dadurch ab der Klasse 7 die notwendige Heterogenität im Gesamtschuleteilstandort Baesweiler nicht mehr gegeben sei.

Dr. Linkens erwiderte, dass die Verwaltung ebenfalls das Auslaufen der Hauptschule bedauere. Dies sei allerdings eine allgemeine Tendenz und - so glaube er - von der Landesregierung auch so gewollt. Bis vor ca. 10 Jahren habe man am Standort Baesweiler noch zwei sehr gut funktionierende Hauptschulen gehabt. Die Lessingschule musste dann aufgrund der extrem sinkenden Schülerzahlen aufgegeben werden. Auch für das laufende Schuljahr habe man an der GHS Goetheschule lediglich 19 Anmeldungen verzeichnen können. Die Eingangsklasse habe man nur unter großen Anstrengungen und mit Genehmigung der Bezirksregierung bilden können. Der Verwaltung falle die Aufgabe der Hauptschule sehr schwer. Allerdings sei die Schließung weder durch die Verwaltung zu verantworten noch beeinflussbar.

Auf die Frage, warum die Stadt Baesweiler nicht früher gehandelt habe, antwortete Dr. Linkens, dass eine Sekundarschule, die es erst seit kurzer Zeit gäbe, vor dem Hintergrund der Aufgabe der Realschule nicht gewollt gewesen sei. Eine Gesamtschule sei unter den bereits dargestellten rechtlichen Hindernissen für Baesweiler nicht realisierbar gewesen. Um eine Gesamtschule vor den Kommunen Aisdorf und Übach-Palenberg zu errichten, hätte man vor 20 Jahren eine solche Entscheidung treffen müssen. Dies sei jedoch vor dem Hintergrund des seinerzeit hervorragend funktionierenden dreigliedrigen Schulsystems nicht notwendig gewesen.

Er führte aus, dass für die Abgänger der Realschule nach der Erprobungsstufe tatsächlich ein Problem bestehen könne. Dieses von Herrn Seelig vorgetragene Argument sei eigentlich ein Argument für den Erhalt einer Hauptschule. Jedoch sei der Erhalt der Hauptschule - wie bereits ausgeführt - von der Verwaltung nicht beeinflussbar. Die Verwaltung werde versuchen, sehr behutsam, gemeinsam mit der Realschule und einer möglichen Gesamtschule, eine Lösung zu finden, damit auch die Schüler, die die Realschule nach der Erprobungsstufe verlassen müssen, keine weiten Weg zurücklegen müssten.

Für die SPD-Fraktion führte Dr. Strank aus, dass die seitens der Verwaltung vorgestellte Lösung vordergründig gut aussehen würde, um das Problem der auslaufend zu stellenden Hauptschule zu lösen. Allerdings wies er darauf hin, dass mit Blick auf die noch zu verrichtenden Arbeiten auf dem Weg zur Errichtung einer Dependance der Gesamtschule Übach-Palenberg hier in Baesweiler viele Schwierigkeiten zu erwarten seien.

Er sei davon überzeugt, dass man auch in der Zusammenarbeit mit der Stadt Übach-Palenberg nicht ohne weiteres Einigkeit erzielen könne. Diese und viele andere Schwierigkeiten würden es aus seiner Sicht notwendig machen, die Problematik der Schulentwicklung auf Städteregionsebene unter allen Nordkreiskommunen zu diskutieren. Die Erhebung der Schülerzahlen in Baesweiler habe auch Auswirkungen auf Schulen außerhalb Baesweilers. Seitens der SPD-Fraktion sei man der Meinung, dass man hier zu einer Gesamtplanung übergehen müsse. Dadurch erhalte man einen Überblick, wie groß insgesamt das Potenzial der zu verteilenden Schüler sei. Dieser gesamte Prozess müsse dann mit einer aus seiner Sicht sehr schwierig durchzuführenden Elternbefragung enden. Da sich jedoch die Frage stelle, wie diese Elternbefragung durchzuführen sei, insbesondere welche Fragen zu stellen seien, sei es aus seiner Sicht notwendig, in einem vorherigen Schritt in Baesweiler einen Arbeitskreis oder auch runden Tisch im Hinblick auf die Schulentwicklung bei den weiterführenden Schulen einzurichten. Dieser Arbeitskreis könne dann umfassend nach Alternativen suchen und Lösungsansätze im Konsens mit dem auf Landesebene beschlossenen Schulkonsens finden.

Die SPD-Fraktion sei der Meinung, dass man mit der Einrichtung einer Gesamtschuldependance in Baesweiler die Realschule schwächen würde, falls diese auf eine 3-Zügigkeit beschränkt werde. Es stelle sich die Frage, ob dies für die Realschule Baesweiler gut sei und ob es noch andere Lösungsmöglichkeiten geben könne. Wichtig sei aus seiner Sicht zunächst zu wissen, wie viele Schülerinnen und Schüler es in den einzelnen Kommunen im Nordkreis gebe und wie viele Schülerinnen und Schüler man in Baesweiler selbst habe und welche Schlüsse aus diesen Zahlen zu ziehen seien. Er glaube, dass noch viele Widersprüche vorhanden seien und er plädiere daher für die Bildung eines Arbeitskreises „Weiterführende Schulen“ bestehend aus Vertretern aus Politik, Verwaltung, Schulleitungen und Lehrern.

Sodann stellte Dr. Linkens nochmal die zu erwartenden Schülerzahlen für das Schuljahr 2015/2016 dar. 298 Schülerinnen und Schüler verlassen nach dem Schuljahr 2014/2015 die Grundschulen in Baesweiler. Bei einer realistischen Übertrittsquote von ca. 37 v.H. würden ca. 110 Schülerinnen und Schüler zum Gymnasium in Baesweiler oder mit wenigen Ausnahmen auch an andere gymnasiale Standorte wechseln. Somit verblieben ca. 188 Schülerinnen und Schüler für andere Schulformen. Ausgehend von den Zahlen zu Beginn des Schuljahres 2014/2015 würden dann 19 Schüler an die Hauptschule, ca. 60 Schüler an die Gesamtschulen in Übach-Palenberg und Alsdorf und ca. 110 Schülerinnen und Schüler an die Realschule in Baesweiler wechseln. Diese Zahlen seien der Verwaltung für das Stadtgebiet Baesweiler durchaus bekannt. Bis vor wenigen Wochen habe man in Baesweiler den Stand gehabt, eine Sekundarschule aus den bereits dargelegten Gründen nicht zu wollen und eine eigenständige Gesamtschule nicht errichten zu dürfen. Somit hätte man nur noch zwei Schularten in Baesweiler anbieten können. Mit der vorgestellten Lösung schaffe man die Errichtung einer weiteren Schulform als Gesamtlösung. Er wies nochmals ausdrücklich darauf hin, dass keine abschließende Entscheidung am Ende der Sitzung getroffen werden müsse, sondern lediglich die Verwaltung beauftragt werden solle, auf dem bisherigen Weg weiter zu arbeiten.

Für die CDU-Fraktion signalisierte Ausschussmitglied Mohr die Zustimmung der Fraktion zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Er dankte der Verwaltung für die bisher geleistete Arbeit. Für die Situation in Baesweiler stelle sich der vorgestellte Ansatz als ideale Lösung dar. Im Folgenden stellte Ausschussmitglied Mohr nochmals die hervorragende Arbeit an allen drei weiterführenden Schulen in Baesweiler heraus. Er betonte, dass die CDU-Fraktion es bedaure, dass die Hauptschule als solches seitens der Eltern nicht mehr angenommen würde. Als Alternative käme eine Sekundarschule in Betracht, die aber weder die Zustimmung der Verwaltung noch seiner Fraktion finden würde. Die fehlende Zustimmung begründe sich insbesondere in der daraus resultierenden Aufgabe des Realschulstandortes Baesweiler. Die seitens der SPD-Fraktion angeregte Suche nach weiteren Alternativen sei nicht notwendig, da es aus Sicht der CDU-Fraktion keine anderen Alternativen zur Erhaltung eines umfassenden Schulangebotes in Baesweiler gebe.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragte Herr Seelig, ob man darüber nachgedacht habe, Realschule und Hauptschule zu einer Sekundarschule zusammen zu schließen.

Dr. Linkens erwiderte, dass dies eine im Ausschuss häufig und intensiv diskutierte Alternative gewesen sei. Die Bildung einer Sekundarschule bedeute in der Regel den Zusammenschluss von Realschule und Hauptschule, was eine erhebliche Schwächung der Realschule zur Folge habe. Schließlich sei der Elternwille zu berücksichtigen, der eine große Akzeptanz der Realschule beweise.

Für die SPD-Fraktion stellte Dr. Strank fest, dass sich seine Fraktion einer Gesamtschul-Dependance-Lösung nicht verschließen werde, sofern dies die beste Lösung sei. Es stelle sich jedoch die Frage, ob diese Dependance tatsächlich die richtige Lösung sei. Es herrsche Unsicherheit darüber, dass diese Lösung zukunftssicher sei. Denn, so die Meinung der SPD-Fraktion, die Sekundarschule habe einen entscheidenden Vorteil. Sie habe insgesamt eine andere Schüler-Lehrer-Relation. Dies bedeute, kleinere Klassen und somit mehr Lehrer für weniger Schüler. Dies seien Fakten, die nach Meinung der SPD-Fraktion nochmals diskutiert werden sollten, bevor die seitens der Verwaltung vorgestellte Lösung als ultimativ angenommen werde. Insoweit sei die Bildung eines Arbeitskreises aus seiner Sicht durchaus sinnvoll.

StVR Ohler erwiderte, dass die Sekundarschule seitens der Landesregierung gewollt sei und daher eine starke Förderung der Landesregierung erfahre, u.a. durch eine erhöhte Lehrerzuweisung. Jedoch müsse beachtet werden, dass es zwar eine andere Schüler/Lehrer-Relation gebe, die Lehrer jedoch weniger Stunden unterrichten würden und das Mehr an Lehrern so weitgehend aufgezehrt werde. Bezugnehmend auf den seitens des Ausschussmitgliedes Dr. Strank angeregten Arbeitskreis „Weiterführende Schulen“ teilte Herr Ohler mit, dass der Schulausschuss, der in kurzer Zeit wieder tagen werde, seiner Meinung nach bereits als gut funktionierender Arbeitskreis zu sehen sei.

Für die CDU-Fraktion hielt Ausschussmitglied Mohr fest, dass die Einrichtung der Sekundarschule und die damit verbundene starke Förderung von seiner Fraktion als falsches Signal zur Lenkung des Schulwesens in den Kommunen gewertet werde.

Frau Akkas fragte für die SPD-Fraktion, wann die Bezirksregierung sich gegen eine eigenständige Gesamtschule in Baesweiler ausgesprochen habe. Falls dies bereits vor einigen Jahren der Fall gewesen sei, so wäre die Frage zu stellen, warum nicht schon früher auf eine andere Lösung hingearbeitet worden sei.

Dr. Linkens antwortete, dass die Bezirksregierung vor ca. einem Jahr sich gegen eine eigenständige Gesamtschule für Baesweiler ausgesprochen habe. Diesen Standpunkt habe sie dann im Frühjahr diesen Jahres nochmals eindringlich wiederholt. Der heute vorgestellte Lösungsansatz sei, so Dr. Linkens, in den Sommerferien entstanden. Die Aussicht auf Erfolg dieses Lösungsansatzes sei nur möglich, da die Gesamtschule Übach-Palenberg auch ohne die Einrichtung einer Dependance in Baesweiler Probleme hätte, die notwendige 4-Zügigkeit in den kommenden Jahren zu halten. Dies sei das entscheidende Argument gewesen, einen gemeinsamen Weg zu suchen, auch wenn dies bedeute, dass die Schule 6-zügig geführt werden müsse. Aufgrund der zu erwartenden Schülerzahlen sei dies jedoch mit jeweils 3 Zügen an beiden Standorten möglich.

Frau Akkas hielt fest, dass die Anmeldezahlen an der Hauptschule bereits seit mehreren Jahren offensichtlich rückläufig gewesen seien. Dies sei Grund genug gewesen bereits vorher nach Lösungen zu suchen.

Dr. Linkens erwiderte, dass der Verwaltung das Problem der rückläufigen Schülerzahlen an den Hauptschulen durchaus bekannt und bewusst gewesen sei. Jedoch habe man vor zwei Jahren die Goetheschule noch durchgängig mindestens 2-zügig führen können. Mit der Stellung der Goetheschule als auslaufend folge man lediglich dem gewollten landesweiten Trend.

StVR Ohler bestätigte ebenfalls, dass die Zahlen an der Hauptschule rückläufig gewesen seien. Jedoch habe man an der Realschule steigende Schülerzahlen verzeichnen können als die Empfehlungen der Grundschullehrer noch verbindlich gewesen seien. Man hätte die Realschule jedoch in die Überlegungen der Errichtung einer Gesamtschule bereits zu dieser Zeit mit einbeziehen müssen. Aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen gab es jedoch keinen Grund, die Realschule durch Zusammenschluss mit den anderen Schulformen zu schwächen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die dargestellten Alternativen bei einer Enthaltung zustimmend zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, in Abstimmung mit der Stadt Übach-Palenberg und der Bezirksregierung die Durchführbarkeit zu prüfen.

b) Grundschulen

Dr. Linkens führte aus, dass Grundschulen in ihrer Eigenständigkeit nur erhalten bleiben können, wenn insgesamt mindestens 92 Schülerinnen und Schüler die Schule besuchen würden. Da dies sowohl in den Grundschulstandorten Loverich und Beggendorf gefährdet gewesen sei, habe man bereits vor einigen Jahren in Beggendorf gehandelt und die Kath. Grundschule Beggendorf zu einer Dependance der Grengrachtschule umgewandelt. Die Kath. Grundschule Loverich habe man aufgrund der gleichen Problematik zu einem Teilstandort der GGS St. Andreas Setterich gemacht. Daher gelte für beide Standorte nunmehr die Mindestschülerzahl von insgesamt 46 Schülerinnen und Schülern.

In Beggendorf sei aufgrund der zu erwartenden Schülerzahlen davon auszugehen, dass die notwendige Schülergesamtzahl von 46 Schülerinnen und Schülern für zwei Jahre unterschritten werde. Ab dem dritten Jahr steige die zu erwartende Schülerzahl wieder auf insgesamt 50 Schülerinnen und Schüler. Man werde unter Mithilfe aller Aktiven - wie beispielsweise der Schulleitung, den Kindergärten sowie selbstverständlich auch der Verwaltung - versuchen, Überzeugungsarbeit zu leisten, dass mehr Kinder an dem Teilstandort Beggendorf angemeldet werden. Aufgrund der vielfältigen Unterstützung und Aktivitäten habe man die Hoffnung, dass möglichst alle Beggendorfer Eltern und auch über die Ortsgrenze von Beggendorf hinaus ihre Kinder in Beggendorf anmelden werden. Darüber hinaus werde die Verwaltung versuchen, die Bebauung der ausgewiesenen Bebauungsgebiete vorzutreiben.

Die SPD-Fraktion halte es für fraglich, so Dr. Strank, dass der alleinige Hinweis auf eine kleine Dorfschule und kleine übersichtliche und lernintensive Klassen ausreichend seien, die Eltern zu überzeugen, ihre Kinder am Teilstandort Beggendorf anzumelden. Er schlug vor, den Teilstandort Beggendorf mit einem Anschluss an das zukünftig in Beggendorf installierte Glasfasernetz anzuschließen. So könne bereits bei den Grundschulkindern die Medienkompetenz vermittelt werden. Dies sei aus seiner Sicht eine Möglichkeit, zur Steigerung der Attraktivität des Teilstandortes Beggendorf beizutragen, beinhalte aber auch die Erstellung eines neuen pädagogischen Konzeptes.

Dr. Linkens erwiderte, dass bereits seit geraumer Zeit der Antrag zum Anschluss des Grundschulstandortes Beggendorf an das Glasfasernetz gestellt worden sei.

Ausschussmitglied Klein teilte mit, dass das pädagogische Konzept der Schule seitens der Eltern sehr gut angenommen werde. Es sei keine „Flucht“ von Grundschulkindern aus Beggendorf mehr erkennbar. Jedoch habe auch ein pädagogisches Konzept Vorgaben bzw. Grenzen. Ein neues Konzept sei nicht innerhalb eines Jahres erstellbar und durchsetzbar.

Für die CDU-Fraktion teilte Ausschussmitglied Schmitz mit, dass man durchaus versuche, die Schulen - auch mit Blick auf die neuen Medien - auf einen zukunftsweisenden Stand zu bringen. Zu diesem Themenkomplex gehöre sicherlich auch das Thema Glasfaser. Allerdings habe er Zweifel, dass insbesondere bei einer Grundschule Eltern motiviert werden könnten, nur wegen dem Anschluss der Schule an das Glasfasernetz ihre Kinder genau dort anzumelden.

Dr. Strank stellte fest, dass sein Beitrag als Anregung zu verstehen sei.

Für Ausschussmitglied Mohr sei die Erhaltung des Grundsatzes „Kurze Beine - Kurze Wege“ sehr wichtig. Man müsse alles daran setzen, die Eltern davon zu überzeugen, ihre Kinder in Beggendorf anzumelden. Der Erhalt des Grundschulstandortes Beggendorf sei insbesondere auch für das intakte Dorfleben sehr wichtig.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zustimmend zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die oben beschriebenen Maßnahmen zur positiven öffentlichen Darstellung des Grundschulstandortes Beggendorf weiter zu verfolgen und über die weitere Entwicklung im Ausschuss zu berichten.

5. Mitteilungen der Verwaltung

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Ausschussmitglied Seelig fragte, inwieweit die Finanzierung der Schulsozialarbeit über den 31.12.2014 hinaus gesichert sei.

Dr. Linkens erwiderte, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit über den Termin 31.12.2014 hinaus tatsächlich ein großes Problem sei. Seitens des Bundes wurde mit der Schaffung des Bildungs- und Teilhabepaktes genehmigt, dass auch die Schulsozialarbeit über dieses Programm für ca. 2,5 Jahre finanziert werden könne. Insoweit sei an den Schulen in der Städteregion der Einsatz der Schulsozialarbeiter erfolgt. Nunmehr möchte der Bund die Finanzierung dieses Programmes nicht mehr sicherstellen. Das Land NRW sehe für sich keine Zuständigkeit, da die Schulsozialarbeiter keine Pädagogen seien und somit eine Finanzierung über den Landeshaushalt nicht möglich sei.

Die Stadt sehe sich nunmehr einem gewaltigen Druck ausgesetzt, resultierend aus der Entwicklung einer Idee des Bundes und des Landes und durch die anfängliche Finanzierung dieser Idee. Dadurch würden berechnete Erwartungshaltungen aufgebaut, die nach einem Rückzug des Bundes und des Landes aus der Finanzierung jedoch auch nicht durch die Kommune getragen werden können. Die Finanzlage der Stadt lasse eine Übernahme der entstehenden Kosten aus der Schulsozialarbeit definitiv nicht zu.

B) Nichtöffentliche Sitzung

7. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen von Ausschussmitgliedern wurden nicht gestellt.

Der Ausschussvorsitzende schloss die Sitzung und wünschte den Ausschussmitgliedern einen guten Heimweg.

Der Ausschussvorsitzende:


(Fritsch)

Der Schriftführer:


(Engels)